„Österreich neu starten. Die Gerechtigkeitsoffensive“

Die Coronakrise hat die Welt verändert. Mehr denn je offenbart die Krise die Stärke von Solidarität und die Schwäche neoliberaler Systeme. Wo das öffentliche Gesundheitssystem systematisch ausgehungert wurde, hat die Pandemie besonders viele Menschenleben gefordert. Die Coronakrise hat zudem klar gezeigt: Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Gesellschaft am Laufen halten.

Die Regierung hat in der Krise – zurecht – massiv Geld in die Hand genommen. Entscheidend sind auch die Maßnahmen, die nach der Krise folgen werden. Die AK hat einen Plan für den Neustart. Das Ziel dabei lautet: die hohe Arbeitslosigkeit bekämpfen, sinnvolle Beschäftigung schaffen und unseren Sozialstaat stärken. „Ich fordere auch im Steuersystem eine Gerechtigkeitsoffensive. Für eine echte Gerechtigkeitsoffensive müssen auch Millionäre endlich ihren Beitrag leisten“, sagt AK-Präsidentin Renate Anderl.

Die AK-Initiative „Österreich neu starten. Die Gerechtigkeitsoffensive“ umfasst folgende Schwerpunkte. So kann der Weg aus der Krise gelingen.

Offensive für Arbeitsplätze

1,3 Millionen Menschen befinden sich in Kurzarbeit. Mehr als eine halbe Million Menschen sind aktuell arbeitslos. Zur Senkung der Arbeitslosigkeit auf das Niveau vor der Coronakrise braucht es eine Weiterentwicklung der Kurzarbeit, Maßnahmen für ältere Arbeitssuchende und Langzeitarbeitslose, eine Weiterbildungsoffensive für Beschäftigte aus besonders betroffenen Branchen sowie mehr überbetriebliche Ausbildungsplätze für junge Menschen.

Gesundheitssystem krisenfest machen

Das Gesundheitswesen muss allen den gleichen Zugang zu medizinischer Versorgung garantieren. „Sparen am System“ heißt hier Sparen am falschen Platz. Im Gesundheitsbereich sind daher mehr Schutzausrüstung und eine sichere Versorgung mit Medikamenten zu gewährleisten sowie eine ausreichende Bettenkapazität sicherzustellen. In der Pflege sind eine Aufstockung der mobilen Dienste und mehr Personal nötig. Die Selbstbehalte im Bereich der Pflege sollen durch eine zweckgewidmete Erbschaftssteuer ersetzt werden.

Die Armutsgefährdung bekämpfen

Arbeitslosengeld und Notstandshilfe müssen angehoben werden. Angesichts stark steigender Mieten ein Um und Auf in der Armutsbekämpfung ist eine verstärkte Förderung des sozialen Wohnbaus sowie eine verbesserte Sozialhilfe. Die Hilfsfonds der Regierung müssen allen zugänglich sein, die in Not geraten sind, zum Beispiel auch den geringfügig Beschäftigten. Und nicht zuletzt braucht es rasch einen Mindestlohn von zumindest 1.700 Euro brutto pro Monat.

Investieren zur Abwehr der Klimakrise

Kernstück des Klimainvestitionspakets der AK ist der beschleunigte Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Zusätzlich soll die thermische Sanierung von Bundesgebäuden vorangetrieben und auch der Austausch fossiler Heizungen in Privathaushalten sowie der Ausbau der Photovoltaik gefördert werden.

Steuergerechtigkeit

Es braucht ein gerechteres Steuersystem. Die AK fordert hier als ersten Schritt eine befristete Vermögensabgabe, die bei Vermögen von über zehn Millionen Euro ansetzt, sowie die befristete Erhöhung der Kapitalertragsteuer auf Dividenden und des Spitzensteuersatzes bei Jahreseinkommen über einer Million Euro. Um die Schieflage im Steuersystem nachhaltig zu reduzieren braucht es in der Folge die Senkung der Steuern auf Arbeitseinkommen sowie die Einführung einer Vermögens- und einer Erbschaftssteuer ab einer Million Euro.

Gerechter Beitrag zum Sozialstaat

In der Coronakrise haben alle gesehen, wie wichtig unseren Sozialstaat ist. Beim Bildungs- und Schulwesen, bei Pension, Krankheit, bei Arbeitslosigkeit oder Pflege können wir dank der solidarischen Beiträge vor allem der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Fug und Recht behaupten, in einem der sozialen und sichersten Länder der Welt zu leben. Auch den Reichen in unserem Land nützt der Sozialstaat. Daher sollen auch die Millionäre einen gerechten Beitrag zum Sozialstaat leisten.